

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Rieser Tageblatt  
Bismarckstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Bauamtsamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1530.  
Direktor:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 57.

Mittwoch, 7. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 1 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Rest des Monats von Postkontokorrenten, Gebühren der Adressen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Gewöhnlich für die 20 mm breite, 8 mm hohe Schriftgröße (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamschrift 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Kuffler, feste Texten. Gewöhnlicher Rabatt nicht, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Anzeigenbeilage: "Anzeiger an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsleiter: Gustav Braun 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Genfer Damenstreik.

Die letzte Waffenschmuggelfäre von St. Gotthard ist, wenn man sie sich ganz unvoreingenommen betrachtet, eine Angelegenheit, die mit einem deutschen Interesse nicht das Geringste zu tun hat. Was allerdings nicht bezagen soll, das die Auswirkungen, die sie anzunehmen scheint, nicht auch Dinge berühren, die im allgemeinen Interesse einer Weltpolitik, also schließlich auch im Interesse Deutschlands liegen. Die Forderung Frankreichs nach der Durchführung einer Untersuchung ist ein solches Moment, das alle angeht, nicht nur die unmittelbar am Streitfall Beteiligten. So muß auch der Standpunkt Deutschlands zu diesem ausgeworfenen Moment sich aus den richtigen Erkenntnissen moralischer und völkerrechtlicher Gesichtspunkte ergeben, nicht aus Erwägungen einer einseitigen Parteipolitik. Unsere unbedingt vorhandenen Sympathien für die ungarische Nation können und dürfen nicht unsere Stellungnahme zu der aufgeworfenen Streitfrage der Untersuchung beeinflussen. Wie auch unsere begriffliche Opposition gegen die Machtpolitik Poincarés uns gleichfalls nicht dazu verleiten darf, einseitig Stellung gegen die französische Forderung einzunehmen. Die deutsche Haltung zur Untersuchungsfrage ist festgelegt, 1. durch die Bestimmungen des Untersuchungsabkommens, 2. durch die Notwendigkeit, im weltweiten Interesse Deutschlands dieses Recht nicht umsetzen zu lassen. Bei der Beurteilung des ganzen Genfer Streites um die Untersuchungsfrage darf man auch nicht vergessen, daß die deutsche Stellungnahme zu diesem Problem, im Augenblick wenigstens, nicht bestimmend für den Ausgang des Untersuchungshaders sein kann. Um das Für und Wider der Durchführung einer Untersuchung in Ungarn gehen die Ansichten in Genf weit auseinander. Verschiedene Mächte betonen die Vorrechte eines Eingriffes des Völkerbundes, andere Mächte wieder, darunter auch Großbritannien, negieren sie entschieden. Die deutsche Delegation in Genf kann also allein die Lösung nicht bringen. Sie ist ein Faktor in dem Streit, gleich stark oder auch gleich schwach wie die anderen Faktoren, vertreten durch die anderen Mächte.

Nichtsofortiger läßt sich erkennen, daß in Genf von den beteiligten Seiten versucht wird, den deutschen Vertretern im Untersuchungsstreit eine führende und bestimmende Rolle auszusuchen. Sichtlich bemüht sich Ungarn, seinen ganzen Kampf auf Deutschlands Rücken aufzubauen. Sichtlich zieht sich Italien in den Hintergrund, in der merkwürdigen Absicht, dadurch Deutschland aus seiner Rolle herauszuheben. Andererseits ist Frankreich auf die deutsche Delegation eine Prellion aus, dahingehend, daß Deutschland sich für eine Untersuchung auszusprechen müsse, wenn es nicht erkennen lassen wolle, daß es das Untersuchungsrecht im Völkerbund überhaupt zu "fabrizieren" gedenke. Alle diese Strömungen, Situationsbeschreibungen, Druckmittel haben nur den einen Zweck, Deutschland die Hauptverantwortung für die kommende Lösung der Frage in die Schuhe zu schieben, Deutschland zur richterlichen Hauptinstanz zu machen, das Reich in dieser Frage festzulegen. Der Zweck dieser Wägen liegt klar auf der Hand. Es benötigt keine große Ueberlegung, um festzustellen, daß, wie auch die deutsche Stellungnahme in der italienischen Fragestellung sich gestalten wird, Deutschland auf alle Fälle die Kosten dieser Untersuchungsfrage zu tragen hat. Frankreich erklärt: Die Untersuchungsfrage muß im Sinne der französischen Wünsche in Genf aufgerollt werden, sonst könne aus einer vorzeitigen Rheinlandschmuggelfäre nichts werden. Was Frankreich aber nicht sagt, was sich aber klar und stammgemäß aus der französischen Dialektik ergibt, ist dies: Spricht sich Deutschland in der Untersuchungsfrage im Sinne Frankreichs aus, und Frankreich gewinnt den Prozess, so wird die Frage vom speziellen Fall Ungarn auf den allgemeinen Fall, d. h. tatsächlich auf Deutschland abgewälzt. Die Damenstreikfrage ist raffiniert ausgestellt angelegt. Es wird sich allerdings erst erweisen müssen, ob dieses mittelalterliche Prellmittel den von Frankreich gewünschten Erfolg haben wird.

Demnächst und letzten Endes ist diese Damenstreikfrage französisches Habitus. Das Geständnis, das erbracht werden soll, soll nur oder wenigstens in der Hauptstadt Frankreichs zum Ausdruck kommen. Und dies auf Kosten Ungarns, eines allerdings nicht starken Völkerbundmitglieds, das aber den Vorteil für sich buchen kann, in diesem speziellen Streitfall einen großen und starken Völkerbundigen an der Seite zu haben: Italien. Diese Waffenschmuggelfäre von St. Gotthard ist recht bunt. Und es dürfte keine falsche Angabe sein, wenn man sagt, daß die Regierung des Herrn Mussolini von dieser Angelegenheit mehr weiß, als sie zu Lager beschickigt. Was schließlich befragt, daß Italien nicht so ohne weiteres Ungarn fest im Stich lassen kann. Voraus man weiterhin folgen kann, daß auf Grund dieser Konstellation ein Kompromiß das einzige bewährte Mittel ist, um die Klage irgendeiner der in Genf bestimmbaren Siegermächte zu verwerfen. Und in Wirklichkeit handelt es sich jetzt auch in Genf darum, die geeignete Formel für dieses Kompromiß zu finden. Man wird versuchen, durch irgendeine nicht-sagende Aktion, sei es durch eine zollpolitische Unterfertigung am St. Gotthard, sei es durch eine Ueberprüfung der ungarischen Dokumente und Photographien, Frankreich den Schein eines Sieges zu geben. Man wird auch das Mögliche tun, um den Verhandlungspunkt Ungarns nicht allzu früh zu verlieren. Einem solchen Kompromiß könnte auch Deutschland zustimmen, weil es die deutsche Methode wahr und schließlich das Untersuchungsrecht als solches wahren will.

## Immer noch wirtschaftspolitische Debatte im Reichstag.

Der Gesekentwurf über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

abg. Berlin, 6. März, 14 Uhr.

### Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

wird fortgesetzt.

#### Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

äußert sich zu verschiedenen in der Debatte aufgeworfenen Einzelfragen. Er erklärt: Viele der vom Abg. Rejonne-ung erhobenen Beschwerden muß ich als berechtigt anerkennen. Verschiedene Maßnahmen der englischen Regierung bedeuten eine Verschlebung der Basis, die wir gemeinschaftlich mit England beim Vertragsabschluss gefunden haben. Wir werden bei der ersten möglichen Gelegenheit den deutsch-englischen Handelsvertrag kündigen und versuchen, bei den neuen Verhandlungen die jetzt zutage tretenden Mißstände abzustellen. Zum Vorsitz der Verhandlungen, die sich gegen die Methoden beim deutsch-italienischen Vertrag richten, sind nur diejenigen berufen, die auch von sich aus solche Methoden als verwerflich betrachten. Ich kann mich darum nicht denen anschließen, die wie der Abg. Eugen-berg das Ziel in einer Grenzsperr für landwirtschaftliche Artikel und in Einheitsverboten sehen. Diese Forderung steht im Widerspruch zu den in der Genfer Weltwirtschaftskonferenz auch von der landwirtschaftlichen Gruppe unter Zustimmung der deutschen Landwirtschaftsvertreter festgelegten Grundregeln (höri! höri!). Der Autorität des Abg. Eugen-berg stelle ich die Autorität des verstorbenen Abg. Helfferich gegenüber, der 1911 gesagt hat: "Ich sehe die größte Gefahr darin, daß wir als Industriestaat eine Agrarpolitik treiben, die den kleineren Teil des Volkes erhalten will mit Wokregeln, die den anderen größeren Teil zugrunde richten!" (höri! höri!).

Meine Industriepolitik, meine Bemühungen um Zollsenkungen haben nach meiner Ueberzeugung zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Den Grundrissen, die Abg. Rejonne hier in seiner Rede aufstellte, sind ja zum Glück er selbst und seine deutsch-nationalen Freunde in der Regierung nicht gefolgt. (Abg. Rejonne-Jung (Dnat.): Ich habe 1926 genau so geredet wie jetzt). Ja, aber die Deutsch-nationalen haben meine Politik mitgemacht. Die Ironie des Schicksals will es, daß gerade für den deutsch-englischen und den deutsch-italienischen Handelsvertrag die deutsch-nationalen Abg. Rejonne-Jung und Dr. Reichert die Referenten waren (große Heiterkeit). An dem Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages hat Reichsernährungsminister Schiele den stärksten Anteil (höri! höri! und Heiterkeit). Wenn wir mit Polen zum Vertrag kommen, so besteht das auf der Grundlage, die der Minister Schiele und Strejmann geschaffen haben (höri! höri!).

Ich bin überzeugt, daß die Deutsch-nationalen sich bald auf diesen Boden wieder zurückfinden werden, denn mit den Plänen des Abg. Dr. v. Eugen-berg werden wir niemals deutsche Handelspolitik treiben können. (Beifall.) Man darf andererseits den langsamen Fortschritt der deutsch-polnischen Verhandlungen nicht allein auf deutsche Demurrungen zurückführen. Die größten Schwierigkeiten gehen in der Wiederherstellung und Vorklärungsfrage von Polen aus.

Es ist behauptet, wie die Tschechoslowakei die deutschen Einkäufer an den Vorkriegspreisen benachteiligt. Ich sehe keine Möglichkeit zur Fortsetzung der deutsch-tschechischen Verhandlungen, wenn sich das nicht ändert. Mit dem Abg. Rejonne halte auch ich eine größere Pablität der Wirtschaft für notwendig. Ich kann ihm aber nicht in allen seinen Betrachtungen über die Lohnpolitik folgen. Auf diesem Gebiete können wir nicht die ganz anders liegenden amerikanischen Verhältnisse zum Vergleich heranziehen.

Was die Klagen des Mittelstandes betrifft, so hat der Reichsernährungsminister die Beteiligung von Vertretern des Handwerks und Mittelstandes an den Beratungen für die Durchführung des landwirtschaftlichen Rotprogramms angelehnt. Die Entschädigung, in der eine Kontrolle der staatlichen Ausfuhrvergebung verlangt wird, geht nicht weit genug, weil sie sich nur auf die Reichsbetriebe erstreckt, die nur 10 Prozent aller Aufträge vergeben. Wichtig wäre es, wenn alle von Reich, Ländern und Gemeinden vergebenen Aufträge dem Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt werden, das dann die gewünschte Kontrolle üben könnte. Die Reichsregierung trägt nicht die Schuld daran, daß die Novelle zur Handwerksordnung von diesem Reichstag noch nicht verabschiedet werden kann. Das Handwerk ist nicht ausgelastet worden. Es hat sich gehalten und auf manchen Gebieten Terrain gewonnen.

Mit dem neuen Reichskommissar für das Handwerk haben die Handwerksvertreter bisher ihre Zurückbehaltung geküßert. Die von manchen Seiten geforderte Vereinigung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Arbeitsministerium ist unüberwindlich, denn kein Minister könnte allein ein so ungeheures Arbeitsgebiet bewältigen. Abg. Dr. Deffauer hat die Kooperation in der Wirtschaft gefordert. Das ist auch ein Ziel des Reichswirtschaftsministeriums. Wir fördern die Zusammenarbeit der Erzeuger mit Handel und Verbraucher, und würden es begrüßen, wenn wenigstens etwas mehr dem amerikanischen Grundgesetz Rechnung getragen würde: Der Kunde hat immer Recht! (Beifall.)

Im Sinne des kooperativen Gedankens habe ich mich auch bemüht, Kohle und Eisen zusammenzuführen. Ich bedaure, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht; ich hoffe, daß ihre Aufgabe vom Reichswirtschaftsrat übernommen werden kann, denn wir brauchen die Zusammen-

arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Segen der ganzen Wirtschaft (Beifall).

Abg. Gusemann (Soz.) weist auf die große Produktionssteigerung im Kohlenbergbau hin. Die Bergarbeiter hätten an den dadurch erzielten Gewinnen wenig Anteil erhalten. Bei den vom Minister geplanten Verhandlungen mit der Kohlen- und Eisenindustrie sollten auch Arbeitnehmer-Vertreter herangezogen werden. Von einer Notlage der Kohlenindustrie könne keine Rede sein. Die hohen Kohlenpreise seien angefaßt der niedrigen Arbeitslöhne nicht gerechtfertigt.

Abg. Effer (Ztr.) wendet sich gegen den Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auch im neuen Reichstag würden die Vertreter des Handwerks und Kleinhandels nur etwas erreichen können, wenn sie sich auf die großen politischen Parteien stützen. Oppositionsreden seien auch aus dem Lager der bisherigen Koalitionsparteien gekommen, obwohl die Wirtschaft seit langen Jahren durch politisch rechtsstehende Minister betreut worden sei. Die von der Wirtschaftlichen Vereinigung, aber auch von deutsch-nationalen Rednern aufgestellte Behauptung, daß für den Mittelstand nichts geschehe, sei durch die Tatsachen widerlegt.

Das Zentrum betrachtet die Erhaltung und Förderung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes als eine staatspolitische Notwendigkeit, aber es stelle keine rein agitatorischen unerfüllbaren Forderungen auf (Nurbe bei d. Wirtschaftl. Baa.). Der Redner fordert größere Anträge für den besonders schwer leidenden gewerblichen Mittelstand im besetzten Rheinland.

Abg. Dethm (Dsp.) polemisiert gegen die Wirtschaftspartei und verlangt Anwendung der Reichsversicherungsordnung auch durch Betriebe wie die "Frenka". Das Eingreifen der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft müsse aufhören. Die Zentralbehördenstelle für behördlich benötigte Waren müsse aufgehoben werden. Die Hauswirtschaftsmittel sollten in härterer Weise der Privatbauwirtschaft zugeführt werden. Das Gesetz gegen unfaulteren Wettbewerb sei reformbedürftig. Der deutsche Einzelhandel müsse bei der Zusammenziehung des endgültigen Reichswirtschaftsrats besser berücksichtigt werden.

Abg. Barischat (Dem.) dankt dem Minister Dr. Curtius für die Festigkeit, mit der er seine Ueberzeugung auch seinen deutsch-nationalen Ministerkollegen gegenüber vertreten habe. Wenn die Reichshandwerksordnung noch nicht verabschiedet ist, so treffe die Schuld daran in erster Linie die Deutsch-nationalen. Die Wirtschaftspartei würde in Verlegenheit geraten, wenn sie vielleicht nach den nächsten Wahlen einmal den Reichswirtschaftsminister stellen sollte.

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) nimmt das Eisenkartell gegen den Vorwurf des Abg. Rausch in Schutz, es habe mit seinen Preissteigerungen die Wohnungsbaupolitik sabotiert. Der Redner wendet sich dann gegen das Kartellverbot. Dieses Sondergericht müsse verschwinden oder wenigstens eine Berufungsinstanz erhalten.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Polemik des Ministers gegen die Deutsch-nationalen und meint, die Anregungen der Abg. Rejonne-Jung und Eugen-berg für die weitere Handelsvertragspolitik könne man nicht einfach mit der Bemerkung abtun, daß sie den Genfer Wirtschaftskonferenzentschlüssen widersprächen!

Der sozialdemokratische Abgeordnete Rejonne habe über die Steigerung der deutschen Aktienwerte ganz falsche Angaben gemacht. (Abg. Rejonne (Soz.): Denken Sie daran, was Minister Dr. Curtius im Ansidus darüber gesagt hat!) Da seien Sie eben, wie falsch es ist, auf solche Anmerkungen herinzufallen! (Große Heiterkeit.) Der Redner weist dann den Angriff des Abg. Rejonne gegen den deutsch-nationalen Abg. Rönne zurück. Nicht Abg. Rönne habe in seinem Artikel den Reparationsagenten gegen den deutschen Arbeitsminister mobil gemacht, sondern der vom Abg. Rejonne zitierte Satz befände sich in dem Vorwort zu dem Sammel-Artikel (Nurbe bei den Dnat. gegen den Abg. Rejonne: "Falscher! Schamen Sie sich!")

Abg. Florin (Domm.) führt aus, der Stahlruß und der Bergbau heimlich ungeheure Gewinne auf Kosten der Konsumenten und der schlechtbezahlten Arbeiter ein. Das Gedingewesen im Bergbau führe zu einer unmenslichen Ausbeutung der Arbeitskräfte.

Abg. Fran Dr. Ebers (Dem.) begründet eine Entschleunigung ihrer Fraktion, die die Reichsregierung um Maßnahmen ersucht für die Durchführung inhematischer, einseitiger Bearbeitung und Förderung der Aufgaben der Hauswirtschaft, insbesondere der hiermit anhängenden wirtschaftlichen und technischen Fragen. Die Hauswirtschaft werde oft unterschätzt in ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft und die Weltwirtschaft. Durch Rationalisierung der Hauswirtschaft könnten dem Volkserwerbenden Milliarden erspart werden.

Die Beratung wird hierauf abgebrochen. Es folgt die erste Beratung des Gesekentwurfs über

### Leistungen in der Invaliden- und Angestellten-Versicherung.

Die Vorlage, die einen Teil des Rotprogramms der Regierung bildet, will eine Erhöhung der Steigerungsbeträge für die Invaliden, Kranken- und Altersrenten für die Angestellten und Anspargelnde Pensionsvorsicherung herbeiführen. Dafür sind 100 Millionen in den Etat eingestellt.

Schluß in der 1. Debatte.